

lich, ob inhaltliche Unterschiede in der Struktur der Berichterstattung zwischen den Phasen tatsächlich als semantische Verschiebung im Themenverlauf oder nicht teilweise eher als Übergang von einem zu einem anderen Thema interpretiert werden müsste.

Die Anwendung des 5-phasigen Themenzykluskonzepts auf die inhaltsanalytische Fallstudie ist hochgradig interpretationsbedürftig, um nicht zu sagen in weiten Grenzen willkürlich. Zudem entspricht die Fallstudie nicht dem theoretischen Modell – so findet der Autor empirisch sechs statt der von seinem Modell geforderten fünf Phasen. Ist damit die „Theorie“ falsifiziert? Nicht für den Autor. Er schreibt: „Allerdings zeigt sich schon in der ersten empirischen Anwendung, dass ein Themenzykluskonzept flexibel sein muss.“ (S. 182) Im Klartext heißt das, dass die vorkommenden Thematisierungsverläufe empirisch eine große Varianz aufweisen, die theoretisch nicht verstanden werden. Eine Theorie müsste zudem gehaltvoll sein, d. h. zum Beispiel Aussagen über inhaltliche Charakteristika der verschiedenen Phasen machen. Inhaltliche Unterschiede in der Berichterstattung in den verschiedenen Phasen findet der Autor zwar, doch werden diese nicht theoretisch postuliert und folgen in den drei Ländern auch nicht dem gleichen Muster.

Nun muss man konstatieren, dass der Autor selbst an vielen Stellen die Grenzen seiner theoretischen Überlegungen und ihrer empirischen Überprüfung einräumt, sich der Vorläufigkeit und des spekulativen Charakters seiner Analyse also bewusst ist. Trotzdem muss man ihn an seinem eigenen theoretischen Anspruch messen, der durch den Titel des Buches erhoben wird. Die Bausteine einer möglichen Theorie der medialen Thematisierung werden in dem Buch durchaus bereit gestellt und insofern ist es auch mit Gewinn zu lesen. Leider werden diese Bausteine dann aber nicht zu einem tragfähigen Gebäude zusammengesetzt. Letztlich erbringt der Theorieteil des Buches deshalb nicht wesentlich mehr an theoretischen Einsichten in den Prozess medialer Thematisierung, als Niklas Luhmann bereits 1970 in wenigen Sätzen in seinem bekannten Aufsatz über „Öffentliche Meinung“ skizziert hatte.

Hans Peter Peters

## Literatur

Hayashi, Haruo (2006): The Role of Scientists

in the Reporting of Natural Disasters. Vortrag bei der 9th International Conference on Public Communication of Science and Technology (PCST-9), Pre-Conference „Natural Disasters and Science Communication“, Jeju, Südkorea, 14.-16. Mai 2006.

Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg, München.

## Mirko Marr

### Internetzugang und politische Informiertheit

Zur digitalen Spaltung der Gesellschaft

Konstanz: UVK, 2005. – 255 S.

(Forschungsfeld Kommunikation; 19)

ISBN: 3-89669-475-8

Eine im Dezember 2005 erschienene Presseinformation zur Veröffentlichung der fünften Studie des „Digital Future Project“ (<http://digitalcenter.org>) der USC Annenberg School beginnt mit der Feststellung, dass „Internet users say that going online creates political clout“ – eine Aussage übrigens, die vom folgenden Text nicht wirklich gestützt wird. Die Frage nach den Effekten des Internets bewegt auch Mirko Marr. Es fragt nicht nach dem Erwerb politischer „Schlagkraft“ durch das Internet, sondern etwas bescheidener nach dem Zusammenhang von Internetnutzung und politischer Informiertheit. Marr versteht seine Arbeit, die im Jahr 2004 als Dissertation an der Universität Zürich angenommen wurde, als einen kritischen Beitrag zur Forschung über die digitale Spaltung der Gesellschaft. Seinen Grundgedanken hatte er bereits 2004 in einem Aufsatz in dieser Zeitschrift entwickelt (Wer hat Angst vor der digitalen Spaltung? Zur Haltbarkeit des Bedrohungsszenarios. M&K 52, S. 76-94).

Er argumentierte damals, dass die „digitale Spaltung“ erst dann eine gesellschaftlich relevante Bedrohung darstelle, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Nichtnutzung des Internets zu einer tatsächlichen Benachteiligung führt. Oder in den Worten von Wilhelm (2002): „[The] more fundamental issue [is] [...] not whether gaps exist, but what differences they make“ (zitiert nach Marr, 2005: 228). Mit guten Argumenten und einer erfrischenden Polemik problematisiert er an den politischen Maßnah-

men zur Verbreitung des Internets, dass sie nicht nur gut gemeint, sondern auch gut begründet sein müssen. Denn der Verdacht, dass der eigentliche Effekt dieser Maßnahmen sei, den Absatz von Hard- und Software zu steigern und die Reichweite des Internets als Marketing-, Verkaufs- und Vertriebskanal zu erhöhen, sei durchaus plausibel zu machen (Marr, 2004: 90). Marr bestreitet, dass die „Zugangsexklusion“ automatisch zu einer „Handicapierung“ führe. Der Schluss von den internetbezogenen Zugangs- und Nutzungsunterschieden auf die Entstehung neuer sozialer Ungleichheiten sei kurzschlüssig (Marr, 2004: 83), bedürfe vor allem eines empirischen Nachweises.

Mit seiner Dissertation hat er nun versucht, diesen Nachweis zu führen, und zwar bezogen auf den Aspekt der politischen Informiertheit, für die Situation in der Schweiz und mit Daten für die Jahre 2001 sowie 2002. Das Ergebnis – kurz gefasst – lautet: Obwohl Onliner deutlich besser über das aktuelle politische Geschehen informiert sind als die Offliner, liegen die Gründe hierfür nicht in erster Linie bei der Internetnutzung. Die Gründe liegen vielmehr darin, dass die Nutzer des Internets politisch aktiver sind, die politische Berichterstattung der herkömmlichen Massenmedien, insbesondere von Zeitungen, effektiver nutzen und ein Interessenprofil haben, das der Aufnahme politischer Informationen entgegen kommt (224). Die alte These aus der Medienwirkungsforschung „the more the more“ scheint hier wiederum bestätigt.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. In den Kapitel eins bis drei entwickelt er seine Fragestellung und das Forschungsdesign, die Kapitel vier bis sechs setzen sich mit der Theorie auseinander und in den Kapiteln sieben bis neun werden die empirischen Analysen dargestellt.

Im einleitenden ersten Kapitel entwickelt er den Entdeckungszusammenhang seines Themas: der Diskurs zur digitalen Spaltung, die politischen Programme für ein „Internet für alle“ und die Kritik daran, die sich sowohl aus dem neoliberalen als auch dem linken Lager speist. Während die Disparitäten in Bezug auf den Zugang zum Internet und die Nutzung relativ gut erforscht seien, wird, so Marr, die Frage der Relevanz dieser Disparitäten in der Forschung kaum beachtet. Dass aus der Zugangsdisparität ein gesellschaftliches Problem folgt, werde als plausibel vorausgesetzt, aber weder theoretisch begründet noch empirisch

überprüft (13). Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit richtet sich also darauf, „inwiefern sich der Schluss von Disparitäten im Zugang zum Internet auf eine Verstärkung bestehender Ressourcenungleichheiten begründen lässt und damit indirekt auf die Frage, inwiefern diese Zugangsdisparitäten tatsächlich eine soziale Bedrohung darstellen“ (13). Als „Testfeld“ für diese Fragestellung wählt Marr die „politische Informiertheit“, wegen ihrer gesellschaftlichen Relevanz (jedenfalls in demokratischen Gesellschaften) und weil damit auch die Messlatte für den Interneteffekt nicht zu hoch gelegt wird (15). Deutlich anspruchsvoller wäre die Frage, ob die Internetnutzung zu mehr politischer Macht führt, wie dies das Digital Future Project, auf das anfänglich hingewiesen wurde, thematisiert.

Im zweiten Kapitel wird die bisherige Forschung zur digitalen Spaltung rekapituliert, kritisch gesichtet und systematisiert. Im Gegensatz zu einem engen, technologieorientierten Problemverständnis, das nur unzureichend die Konsequenzen aus den „digitalen Klüften“ für die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen abbilden kann, wird ein erweitertes, ressourcenorientiertes Problemverständnis vorgeschlagen, nach dem erst dann von einer digitalen Spaltung gesprochen werden soll, wenn sich der Nachweis einer Privilegierung durch das Internet erbringen lässt (41).

Kapitel drei entwickelt einen Vorschlag, wie sich diese „Privilegierungsthese“ prüfen lässt. Es wird ein Querschnittsvergleich zwischen Nutzern und Nichtnutzern des Internets vorgeschlagen (eine Alternativ wäre eine Längsschnittuntersuchung), bei dem vorausgesetzt wird, dass der Internetzugang und die Internetnutzung in der Bevölkerung ungleich verteilt und die Internetnutzer politisch besser informiert sind. Erst dann lasse sich in einem dritten Schritt testen, wie die bessere Informiertheit erklärt werden kann: durch die Nutzung des Internets oder durch andere Faktoren?

Es folgen drei theoretische Kapitel, in denen es um eine Einschätzung des Diffusionspotenzials des Internets geht (Kapitel 4) und um den Zusammenhang von Internetverbreitung und politischer Informiertheit (Kapitel 5). Hier zeige die Forschung, dass Personen mit hoher Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien tendenziell auch Personen seien, die über einen hohen politischen Informationsstand verfügen. Kapitel 6 fragt dann, ob über diesen allgemei-

nen Zusammenhang hinaus die Nutzung des Internets einen zusätzlichen Effekt in Sinne einer Verstärkung der Disparitäten bei der politischen Informiertheit wahrscheinlich macht. Die theoretischen Überlegungen ließen dies nicht als wahrscheinlich erscheinen, aber die wenigen hierzu vorliegenden empirischen Arbeiten lieferten widersprüchliche Ergebnisse.

In den dann anschließenden drei Kapiteln stellt Marr seine eigenen empirischen Analysen für die Schweiz dar. Zunächst wird in Kapitel 7 die Verbreitung des Internets nach unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen untersucht. Marr stützt sich dabei auf zwei Bevölkerungsumfragen aus der kommerziellen Mediaforschung: die von der AG für Werbemedienforschung seit 1997 jährlich mit einer Stichprobe von etwa 23.000 Personen durchgeführte Studie zu Internetzugang und Internetnutzung „MA-Net“ sowie die „NetBase“ des Forschungsdienstes der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), in deren Rahmen seit 2001 jährlich ca. 42.000 Personen befragt werden. Marr berücksichtigt dabei die Daten aus dem Jahr 2003. Im Ergebnis zeigt sich hier für die Schweiz, wie dies auch für andere hochindustrialisierte Länder nachgewiesen werden kann, dass die in der Frühphase des Internets festgestellten sozialen Ungleichheiten in Bezug auf Zugang und Nutzung im weiteren Verlauf der Internetdiffusion angewachsen sind und sich bis heute auf hohem Niveau stabilisiert haben. Als stärkster Differenzierungsfaktor erweist sich dabei der Bildungsstand und das Einkommen, aber auch zwischen Alt und Jung bestehen beträchtliche Klüfte fort.

Das Kapitel 8 widmet sich dann den Unterschieden zwischen Offlinern und Onlinern in Bezug auf die Politik. Es wird dabei über die im Mittelpunkt stehende „politische Informiertheit“ hinaus nach Faktoren gefragt, die unmittelbar oder mittelbar einen Einfluss auf die politische Informiertheit haben könnten: der Grad der politischen Partizipation sowie politikrelevante Aspekte der Mediennutzung. Da die in Kapitel 7 zu Grunde gelegten Studien in Bezug auf die politischen Verhaltensdimensionen keine Aussagen machen, wird für diese Fragestellung auf zwei Forschungsstudien zurückgegriffen, eine Studie zu Individualisierung und Desintegration durch digitale Kommunikation im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation („BAKOM-Studie“) aus dem Jahr 2001 und die UNIVOX-Studie aus dem

Jahr 2002. Die BAKOM-Studie bezog sich auf den Zusammenhang von Onlinenutzung und Tendenzen der Individualisierung, der gesellschaftlichen Desintegration und der Entwicklung von Wissensklüften. Befragt wurden 840 Erwachsene mit Wohnsitz in der Region Basel und Zürich. Marr war selbst an der Durchführung dieser Studie beteiligt. UNIVOX stellt eine sozialwissenschaftliche Langzeitbeobachtung der Gesellschaft der Schweiz dar, die seit 1986 mit einer Stichprobe von ca. 700 Personen in der Deutsch- und Westschweiz durchgeführt wird. Zu den insgesamt 23 Hauptthemen gehört auch das Thema „Medien und Kommunikation“. Seit 1998 enthält es Fragen zum Internet. Die Erhebung aus dem Herbst 2002 konnte für die hier vorliegende Sekundäranalyse berücksichtigt werden. Das Kapitel 8 ist das umfangreichste und materialreichste. Es werden die politische Partizipation, Aspekte der Mediennutzung sowie die politische Informiertheit – unterschieden nach Themenwissen, Personalwissen und Faktenwissen – behandelt. Die „Mobilisierungshypothese“, die besagt, dass sich die bislang politikfernen Bevölkerungsteile durch das Internet politisch mobilisieren ließen, kann auf Grundlage dieser Daten nicht belegt werden. Die „Verstärkerhypothese“, die besagt, dass insbesondere solche Personen das Internet nutzen, die ohnehin zu den politisch aufgeschlossenen gehören, kann partiell bestätigt werden. Bei der Mediennutzung zeigten sich für die Onliner eine stärkere Orientierung an gedruckten Medien, insbesondere an tagesaktuellen Zeitungen, sowie eine höhere Aufmerksamkeit bei der Medienrezeption im Vergleich zu den Offlinern. Bei den verschiedenen Aspekten der politischen Informiertheit (Wahrnehmungs-, Erklärungs-, Personen- und Faktenwissen) sind die Unterschiede zwischen Onliner und Offliner aber relativ deutlich. Onliner weisen hier einen Vorsprung auf. Ob diese Unterschiede aber auf das Internet (mit) zurückgeführt werden können, ist damit noch nicht festgestellt. Diese letztlich zentrale Frage für die gesamte Argumentation wird in Kapitel 9 behandelt.

In Kapitel 9 werden zwei Hypothesen getestet: Die eine führt die festgestellte bessere politische Informiertheit der Onliner auf ihre höhere Politikorientierung zurück, die andere auf den Internetzugang. Gestützt auf Kovarianzanalysen kommt Marr zu dem Ergebnis, dass bei konstant gehaltenem Einfluss der So-

ziodemographie und der Politikorientierung der effektive Internetzugang keinen Beitrag zum politischen „Gesamtwissen“ (was sich aus Wahrnehmungs-, Erklärungs-, Personen- und Faktenwissen zusammensetzt) leistet. Allein die Kenntnissnahme bestimmter politischer Themen („Wahrnehmungswissen“) wird in einem gewissen Umfang durch den Internetzugang beeinflusst. Das Modell erklärt insgesamt 33 Prozent der gesamten Varianz. Maßgeblich für die politische Informiertheit der Onliner ist in erster Linie ihre Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, ihre Alltagsgespräche über Politik, ihr Interessenprofil sowie ihre höhere Medienaufmerksamkeit.

In einer Schlussbemerkung konstatiert Marr, dass seine kritischen Einwände gegen eine schlecht begründete Internetförderung mittlerweile ins Leere laufe, da dieser „Steuerungsdiskurs“ so schnell von der politischen Agenda verschwunden sei, wie er ihre Spitze erklommen habe. „Die Phase, in denen sich die mächtigsten Männer und Frauen der Welt um die gerechte Verteilung der neuesten technologischen Errungenschaft Sorgen machten, währte nur kurz und endete mit der Delegierung dieser Sorgen an die Kommissionen und Unterausschüsse ...“ (233).

Dieser Einschätzung muss man nicht unbedingt folgen. Sie ist wahrscheinlich auch nicht ganz ernst gemeint. Für die Wissenschaft sind mit Marrs Beitrag längst nicht alle Fragen des Wirkungsspektrums des Internets gelöst. Das würde Marr selbst auch nicht behaupten. Einige offene Fragen seien hier aufgeführt: Gibt es Gründe anzunehmen, dass die Ergebnisse durch besondere Bedingungen in der Schweiz geprägt sind? Ist die Datengrundlage dieser Studie nicht zu disparat, um konsistente Aussagen machen zu können? Genügt diese „Momentaufnahme“ oder müsste nicht – bei der anhaltenden Dynamik in diesem Bereich – mit einer „follow up-Studie“ die Stabilität der Ergebnisse überprüft werden? Wäre ein angemessener methodischer Ansatz nicht eher eine längsschnittliche Analyse? Müsste die „Internetnutzung“ nicht viel stärker differenziert und typisiert werden? Sind in dieser Debatte nicht auch die Motive der Nichtnutzer und Nichtmehrnutzer und die von ihnen gewählten Alternativen zu berücksichtigen? Sind so komplexe Wirkungszusammenhänge überhaupt mit rein quantitativen Untersuchungsmethoden erfassbar und bedürften sie nicht der

Ergänzung durch qualitative Untersuchungsmethoden? Schließlich könnte man neben der „politischen Informiertheit“ andere Untersuchungsdimensionen einbeziehen, für die das Internet „could make a difference“, man denke an sehr instrumentelle Nutzungen im Bereich der Informationsrecherche, soziale Kontakte, andere, nichtpolitische Wissensdomänen, berufliche Aufgaben, Lernen, gesellschaftliches Engagement etc.

So hat Marr mit seinem Beitrag keineswegs die Debatte beendet, sondern erst richtig eröffnet. Er hat mit diesem Buch in Bezug auf die theoretische Argumentation und die methodisch-empirische Vorgehensweise einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion über die Folgen der Verbreitung des Internets in der Bevölkerung vorgelegt. Marr entwickelt seine Argumente gut nachvollziehbar und äußerst umsichtig, immer auch mögliche Einwände mit berücksichtigend. Dabei ist sein Stil keineswegs trocken und hermetisch, sondern gut lesbar und erfrischend auch in mancher wohl gesetzten polemischen Wendung. Dies ist beispielhaft für gute wissenschaftliche Prosa, die auf einer soliden Forschungspraxis beruht. Das Buch, obwohl kein Lehrbuch, scheint mir deshalb nicht zuletzt gut einsetzbar in der universitären Ausbildung.

Ulrich Riehm

#### Astrid Link

##### Unternehmensbeteiligungen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten

Öffentlich-rechtlicher Programmauftrag und privatrechtliche Organisationsformen

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2005. – 236 S.

(Materialien zur interdisziplinären Medienforschung: 52)

(Zugl. : Hamburg, Univ., Diss., 2004)

ISBN 3-8329-1443-9

Immer noch ist die Erwartung weit verbreitet, dass private Unternehmen qualitativ gleichwertige Güter und Leistungen schneller, billiger und anpassungsfähiger zur Verfügung stellen können als öffentliche oder gar staatliche Anbieter. Auch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten lassen sich von ihr leiten. Sie reagieren damit auch auf die Erfahrung, dass sich die